



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 10.07.2014

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 17. Juli 2014, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 22.05.2014
2. Mitteilungen
3. Fragestunde

4. 14-F-33-0088

Interne Revision der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.07.2014 -

Unter der internen Revision wird eine prozessunabhängige, prüfende, beurteilende und beratende Tätigkeit verstanden, die innerhalb eines Unternehmens oder Konzerns durchgeführt wird. Dazu bewertet sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des Steuerungs- und Überwachungssystems einschließlich der Kontrollen und hilft diese zu verbessern.

Insbesondere umfasst die Funktion der internen Revision die Untersuchung, Bewertung und Überwachung der Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems einschließlich des Rechnungslegungssystems und der in diesem System ablaufenden Prozesse.

Hinzu kommen die Überprüfung der Eignung und die Überwachung der Einhaltung der Regelungen und Anordnungen der gesetzlichen Vertreter und der Ordnungsmäßigkeit von Aufbau und Funktion des internen Kontrollsystems sowie die Beratung der gesetzlichen Vertreter in den hiermit zusammenhängenden Fragen.

Die Aufgaben der internen Revision werden bei der Landeshauptstadt Wiesbaden durch das Revisionsamt wahrgenommen. Im Rahmen der Wahrnehmung dieser Aufgaben sind vor allem die §§ 128 - 131 HGO zu beachten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. der Magistrat wird gebeten die Revisionsordnung der Landeshauptstadt Wiesbaden grundlegend zu überarbeiten. Die Überarbeitung soll im Rahmen eines Projektes erfolgen. In die zwölfköpfige Projektlenkungsgruppe sind Mitglieder des Revisions- und des Beteiligungsausschusses einzubeziehen. Die Projektarbeitsgruppe besteht aus Mitgliedern des Rechts - und des Revisionsamtes.
2. Hierbei ist sicherzustellen, dass
 - die Rechte und Pflichten des § 130 Abs.1 u. 2 HGO zur Beauftragung des Revisionsamts,
 - die zeitnahe, unmittelbare und aussagekräftige Berichterstattung an die Stadtverordnetenversammlung und den Revisionsausschuss,
 - die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision,

eingehalten und festgelegt werden.

3. Ferner ist ein mehrjähriger und risikoorientierter Prüfungsplan unter Beteiligung des Revisionsausschusses festzulegen.
4. Im Rahmen der Neuordnung der internen Revision sind außerdem Überlegungen anzustellen, in wie fern die Revisionstätigkeit auch auf die städtischen Beteiligungen ausgeweitet werden kann. Hierbei sind sowohl vorhandene interne Revisionsmechanismen der entsprechenden städtischen Gesellschaften zu berücksichtigen als auch eine angemessene qualitative und quantitative Personalausstattung im Rahmen der städtischen Beteiligungen sicherzustellen.

5. 14-F-33-0090

Unterstützung für Vereine bei Veranstaltungen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 09.07.2014 -

Das Ehrenamt ist eine tragende Säule unserer funktionierenden Stadtgesellschaft. Ohne die Aktivitäten der vielen Vereine, Gruppen, Initiativen und Verbände wäre das Leben in Wiesbaden ein großes Stück eintöniger, würde viel am Zusammenhalt in der Stadt fehlen, könnte Tradition und Brauchtum nicht in ansprechender Weise gepflegt werden.

In den vergangenen Monaten kam es allerdings seitens der Wiesbadener Vereinswelt immer wieder zu Beschwerden bzgl. einer - aus Sicht der Vereine - zu restriktiven Genehmigungs-praxis bei Veranstaltungen. Genannt werden die zunehmenden Auflagen für Veranstaltungen im Freien, gleichzeitig aber auch neue Reglementierungen bei Aktivitäten in geschlossenen Räumen. So seien inzwischen bei kleinen Veranstaltungen in Bürgerhäusern Bestuhlungspläne zu erbringen, die von Architekten aufgestellt werden müssten. Beklagt werden insbesondere die hohen und teilweise nicht einheitlichen Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. einen schriftlichen Bericht vorzulegen, welche Genehmigungspraxis sich in den vergangenen Monaten und Jahren aufgrund von Landes- und Bundesregelungen geändert hat, sofern es um Sicherheitsaspekte bei Veranstaltungen geht;
2. eine Checkliste zu entwickeln um, den Vereinen im Zuge von Genehmigungsverfahren bei der Anmeldung von Veranstaltungen (wie z. Bsp. Baugenehmigungen, Brandschutz, u. v. w.) Unterstützung zu leisten;
3. Durch einen Rundbrief in regelmäßigem Kontakt mit der Wiesbadener Vereinswelt zu treten, damit die Information über etwaige Veränderungen von Verordnungen, Richtlinien und Gesetzen bereits zum frühestmöglichen Zeitpunkt bei den antragstellenden Vereinen ankommt, um so Irritationen bei der Genehmigungspraxis vermeiden zu können.
4. zu prüfen, ob der vorliegende Personalbestand in den Genehmigungsbehörden ausreichend ist, um dem Beratungs- und Bearbeitungsbedarf der Vereine hinreichend Rechnung tragen zu können.
5. zu prüfen ob z.B. über Gebührenermäßigungen oder andere Dienstleitungen seitens der LHW weitere Entlastungen für die Vereine möglich sind.

6. 14-F-03-0077

Mountainbike-Strecke Schläferskopf - Eignungskriterien und Nutzungsvertrag

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.07.2014 -

Mit der Vorlage 14-V-52-0006 soll die Genehmigung der illegal angelegten Mountainbike-Strecke am Schläferskopf unter modifizierter Streckenführung vorangetrieben werden. Die bereits zur Genehmigung eingereichte MTB-Strecke Platte soll nicht weiter verfolgt werden. Die Vorlage enthält lediglich den Hinweis auf eine mehrheitliche Beschlussfassung des „Runden Tisches“ und auf eine erfolgte Abstimmung mit dem Umweltamt, aber nur unzureichende Aussagen zu den Eignungskriterien dieser Streckenführung im Vergleich zur Platte-Strecke. Insbesondere ist keine Bewertung der Umweltverträglichkeit enthalten. Vor einer ausschließlichen Festlegung auf diese neue

Strecke ist es erforderlich, dem Stadtparlament nachvollziehbare Abwägungsgrundlagen zur Verfügung zu stellen. In der jetzigen Form ist die Vorlage 14-V-52-0006 nicht beschlussfähig.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Beschlussfassung zur Mountainbike-Strecke am Schläferskopf wird so lange zurückgestellt, bis eine nachvollziehbare Bewertung des Magistrats zu den Eignungskriterien der Strecke am Schläferskopf im Vergleich zur bereits beschlossenen Strecke an der Platte vorliegt. Bis dahin wird die Platte-Strecke nicht aus dem Genehmigungsverfahren genommen.
Die Streckenbewertung muss die unten aufgeführten Informationen/Aspekte beinhalten:
 - a) Detaillierte Darstellung des Streckenverlaufs
 - b) Umweltverträglichkeit:
 - Eingriffe in den Baumbestand/die Waldvegetation
 - Störung/Vertreibung empfindlicher Tierarten unter Berücksichtigung der zu erwartenden deutlich erhöhten Nutzungsfrequenz
 - Nutzung bereits bestehender Wege/Neubau von Wegen unter Berücksichtigung von „Chickenways“ zur Umfahrung von Schikanen
 - Bündelung mit bereits vorhandener Freizeitnutzung/Beanspruchung ruhiger Gebiete
 - Bodenschutz und Wasserschutz
 - c) Wegekrenzungen/mögliche Konflikte mit der Naherholung
 - e) Belastung durch erhöhten Freizeitverkehr
 - d) Sportliche Eignung:
 - Freizeitsport
 - Vereinssport
 - Downhill-Sport
 - d) Zugang für Rettungsfahrzeuge
2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
 - a) mit welchen Maßnahmen er dafür sorgen wird, dass nach Einrichtung einer legalen Mountainbike-Strecke das illegale Fahren bzw. die illegale Anlage von MTB-Trails abseits offizieller Wege wirksam eingeschränkt wird.
 - b) welche konkreten Inhalte, insbesondere zu Verkehrssicherungs- und Haftungsfragen, der privatrechtliche Vertrag mit dem Betreiber beinhalten soll.
3. Der Magistrat wird aufgefordert, in den privatrechtlichen Vertrag mit dem Streckenbetreiber ein generelles Verbot jeglicher Wettkampfeveranstaltungen aufzunehmen.

7. 14-F-08-0045

NSA sofort raus aus Mainz-Kastel!

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 09.07.2014 -

In der Ausgabe des SPIEGEL vom 16. Juni 2014 wird öffentlich gemacht, dass sich auf dem Gelände „Kastel Storage Station“, mitten in Mainz-Kastel, der „primäre Kommunikations-Knotenpunkt“ der NSA in Europa befindet.

Im Gebäude 4009 - „European Technical Center (ETC)“ - ist laut SPIEGEL-Bericht „eine der wichtigsten NSA-Datensammelstationen in Europa versteckt“. „Hier“, heißt es in einem Snowden-Dokument, „werden in großem Stil Daten abgefangen und weitergeleitet an NSAler, Kriegführende und ausländische Partner in Europa, Afrika und dem Nahen Osten“.

Die USA als kriegsführender Staat muss damit rechnen, dass ihre Kriegsgegner ihrerseits mit Waffengewalt (z.B. durch Anschläge gegen US-Einrichtungen) vorgehen. Der Betrieb der NSA-Einrichtung in Mainz-Kastel, umgeben von ziviler Wohnbebauung, von Kindertagesstätten, Schulen und Altenwohnanlagen, ist ein hohes Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung und kann nicht länger geduldet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden hält den Betrieb des „NSA-Kommunikations-Knotenpunktes“ in Mainz-Kastel für völlig unverantwortlich.

Die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden erwartet vom Magistrat und vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie der Landes- und der Bundesregierung, dass diese umgehend die sofortige Schließung dieser NSA-Einrichtung in Mainz-Kastel fordern und weitere Schritte unternehmen, um dieses Ziel unverzüglich zu erreichen.

8. 14-F-05-0008

Umgebung des Römertors aufwerten

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 14.05.2015 -

In wenigen Wochen wird die Baustelle am Römertor beendet. Zur Erhöhung der Attraktivität des Gebietes um das Römertor ist es sinnvoll, die Heidenmauer und den Bereich des Freilichtmuseums aufzuwerten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Gestaltungskonzept für den Bereich unterhalb des Römertors vorzulegen. Dabei soll geprüft werden,

- wie die Heidenmauer als ältestes erhaltene römische Bauwerk nachhaltig von zerstörerischen Efeuwurzeln sowie Unkraut und Taubenkot befreit werden kann,
- ob eine Freilegung des unterhalb der Serpentinstraße gelegenen Mithräums ganz oder teilweise erfolgen kann, oder zumindest durch entsprechende Schautafeln das Mithräum und der dazu gehörende Mithras-Kult für die Besucher anschaulich gemacht werden können,
- ob eine abendliche Beleuchtung von Römertor, Heidenmauer und Freilichtmuseum möglich ist,
- wie die Grünpflege zur Aufwertung des Bereichs beitragen kann,
- wie Informationen zum Bereich des Römertors für Touristen verbessert werden können (z.B. Beschilderung, Aufnahme in den Kulturpfad, erläuternde Flyer).

ANLAGE

9. 14-V-01-0018

DL 38/14-1

Tätigkeitsbericht 2012 - 2013 des Kommunalen Frauenreferates

10. 14-F-08-0044

Schriftliche Anfrage Nr. 228/2014 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 29. April 2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Überwachung in Bussen"

ANLAGE

11. 14-F-33-0089

Neubau der Rhein-Main-Hallen; Teilabruf Ausführungsplanung für Rohbau
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 07.07.2014 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss vom 04.07.2013 (Neubau der Rhein-Main-Hallen) der Beauftragung von Objektplanungsleistungen und Fachplanungsleistungen bis zur Genehmigungsplanung, d.h. für die Leistungsphasen (LP) 1 - 4 zugestimmt. Auf Grundlage einer genehmigungsfähigen Entwurfsplanung mit Kostenberechnung soll die Bauentscheidung am 11.09.2014 durch die Stadtverordnetenversammlung getroffen werden

Nach dem ebenfalls beschlossenen Rahmenterminplan war der Beginn der Rohbauarbeiten nach Ausschreibung und Vergabe am 01.06.2015 vorgesehen.

Ergebnis der weiterführenden Planungen ist jedoch, dass dieser Zeitplan nur dann gehalten werden kann, wenn die Rohbauarbeiten zu einem früheren Zeitpunkt vergeben werden. Es werden zur Gründung in größerem Umfang Bodenverbesserungsmaßnahmen erforderlich, da sich die Gründungssohle nicht im tragfähigen Grund befindet. Dies stellte sich nach der Entscheidung für eine eingeschossige Tiefgarage heraus. Bestätigt wurde das durch zusätzliche Sondierungsbohrungen im Bereich unterhalb der Rhein-Main-Hallen.

Für diese bislang nicht vorhersehbaren umfangreichen Bodenverbesserungsmaßnahmen im Zuge des Rohbaus muss ein zusätzliches Zeitfenster generiert werden. Dieses Zeitfenster ist ab ca. April 2015 (in Bauabschnitten überschneidend mit Erdarbeiten) bis ca. Juli 2015 (in Bauabschnitten überschneidend mit Rohbauarbeiten) vorgesehen. Es ist hierzu erforderlich, die Rohbauarbeiten bis zum 31.03.2015 zu vergeben. Um diesen Vergabetermin mit den notwendigen zeitlichen Vorläufen zu erreichen, muss mit der Ausführungsplanung für den Rohbau und den hierfür erforderlichen Fachplanungsleistungen bereits unmittelbar nach Entwurfsprüfung - im Juli 2014 - begonnen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Einer vorgezogenen Teil-Beauftragung der Ausführungsplanung für den Rohbau wird mit einem Volumen von maximal 400.000 EUR zugestimmt.
2. Die Finanzierung erfolgt aus den mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 04.07.2013 Nr. 0336 freigegebenen Projektmitteln in Höhe von 5 Mio. EUR.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 12-A-02-0008

Jährlicher Angemessenheitsbericht zur Höhe der Aufwandsentschädigung

ANLAGE

2. 12-V-07-0021

DL 34/14-1, 01/13-2

Umsetzung Konzept Zentrale Hotline Sauberkeit

3. 13-F-03-0147

DL 36/14-1

Haus der Jugendverbände

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.12.2013 -

ANLAGE

4. 14-F-33-0020

DL 32/14-1

Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 20.01.2014 -

ANLAGE

5. 14-F-33-0039

DL 34/14-2

Zukunft der haushaltsnahen Wertstoffeffassung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 25.03.2014

ANLAGE

6. 14-F-33-0040

DL 37/14-1

Bezahlbares Wohnen in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 26.03.2014

ANLAGE

7. 14-F-33-0068

Das Freihandelsabkommen TTIP stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 21.05.2014 -

ANLAGE

8. 14-F-08-0037

Das Freihandelsabkommen TTIP stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 14.05.2014 -

ANLAGE

9. 14-V-01-0004

DL 34/14-3

Einrichtung einer Stabsstelle Sauberes Wiesbaden

10. 14-V-04-0014

DL 40/14-1

NTB - Reaktivierung der Aartalbahn

ANLAGE

11. 14-V-05-0004

DL 32/14-2

Jahresabschluss 2013 - Deckung der Ausgaben für die Schulpatenaktion

12. 14-V-10-0012

DL 33/14-1

Neubau Haus der Vereine Dotzheim - Ausführungsvorlage

13. 14-V-11-1012

DL 33/14-2

Mehrarbeit 37

- | | | |
|------------|--|----------------------------|
| 14. | 14-V-12-0002 | DL 38/14-2 |
| | "Monitoring Weiterbildung" - quantitativ und qualitativ | |
|
 | | |
| 15. | 14-V-20-0026 | DL 32/14-3 |
| | Investitionscontrolling 1. Quartal 2014 | |
|
 | | |
| 16. | 14-V-20-0032 | DL 32/14-4 |
| | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
|
 | | |
| 17. | 14-V-20-0038 | DL 39/14-2 |
| | Gesamtabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2012 | |
|
 | | |
| 18. | 14-V-36-0002 | DL 32/14-5 |
| | Hochwasserschutz an Rhein und Main in Wiesbaden | |
|
 | | |
| 19. | 14-V-36-0003 | DL 33/14-3 |
| | Tiefe Geothermie in Wiesbaden - Gemeinschaftsprojekt der Stadt Wiesbaden - Umweltamt und der ESWE Versorgungs AG | |
|
 | | |
| 20. | 14-V-40-0013 | DL 38/14-4 |
| | Grundschule Bierstadt; Einrichtung eines multifunktionalen Raumes wegen Erhöhung Zügigkeit zum Schuljahr 2014/2015 und Erweiterung Mensa und Küche | |
|
 | | |
| 21. | 14-V-40-0014 | DL 39/14-3, 38/14-5 |
| | Ausführungsvorlage Justus-von-Liebig-Schule; Ausbau wegen Mehrzügigkeit und Betreuung | |

22. **14-V-40-0016** **DL 32/14-6**
Ausführungsvorlage Adalbert-Stifter-Schule; Erweiterung für Betreuung und Mehrzügigkeit
23. **14-V-40-0025** **DL 38/14-6**
Fritz-Gansberg-Schule; Ausbau des Betreuungsangebotes
24. **14-V-41-0008** **DL 38/14-7**
Endgültiger Abschluss Internationale Maifestspiele 2013
25. **14-V-51-0015** **DL 35/14-1**
U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 30 zusätzlichen Krippenplätzen und 20 Elementarplätzen in einer Kindertageseinrichtung der EVIM Bildung gGmbH in der Bleichstraße/Westend
26. **14-V-51-0016** **DL 32/14-7**
U3- Ausbauprogramm 48; Schaffung von 30 zusätzlichen Krippenplätzen und 60 Elementarplätzen in einer Kindertageseinrichtung der AWO in Dotzheim/Belzbachweg
27. **14-V-51-0018** **DL 32/14-8**
U3- Ausbauprogramm 48; Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen in einer Kindertageseinrichtung der Fit For Family Care gGmbH in Bierstadt
28. **14-V-51-0019** **DL 32/14-9**
U3- Ausbauprogramm 48; Katholische Kindertagesstätte Sankt Gabriel, Einrichtung einer Containeranlage zur Auslagerung während der Bauphase

ANLAGE

29. **14-V-52-0006** **DL 38/14-8**

Errichtung einer Mountain-Bike-Strecke in Wiesbaden für den Vereins- und Freizeitsport

ANLAGE

30. **14-V-52-0010** **DL 38/14-10**

Zuschüsse für langlebige Sportgeräte, Verteilung der Haushaltsmittel 2014

31. **14-V-63-0006** **DL 32/14-10**

Wiesbaden-Schierstein, Schneebergstraße 19, Neubau Kindertagesstätte mit 4 Elementargruppen mit 4 x 20 Kindern, 2 Kinderkrippengruppen 2 x 10 Kindern und 5 Pkw-Stellplätzen

32. **14-V-63-0007** **DL 39/14-4**

Erich-Ollenhauer-Straße 15, Wiesbaden, Bauantrag Neubau Pflegeheim mit 48 Pflegeplätzen, 4 altengerechten Wohnungen und 9 Stellplätzen

33. **14-V-66-0306** **DL 36/14-4**

B 263 (Mainzer Straße)-Abstufung autobahnparalleler Bundesstraßen zu Kreisstraßen

ANLAGE

34. **14-V-66-0307** **DL 33/14-6**

Neubau einer Treppe zur Kreuzbergstraße im Zuge des Zick-Zack-Weges in Wiesbaden Sonnenberg

35. **14-V-66-0308** **DL 39/14-5, 37/14-4**

Wilfried-Ries-Straße - Mitfinanzierung nach der Grunderneuerung von Hessen Mobil

ANLAGE

36. 14-V-70-0002 DL 37/14-5, 33/14-7

Frauenförderplan 2014-2019 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

37. 14-V-70-0003 DL 37/14-6, 34/14-4

Einführung der getrennten Wertstofffassung in der LHW gemäß § 14 Abs. 1 KrWG

38. 14-V-70-0004 DL 34/14-5

Deponieabschnitt I - Ermittlung des Rohstoffpotentials der abgelagerten Abfälle und Erstellung eines Konzeptes zur Rückgewinnung der Rohstoffe und zur Weiternutzung der frei werdenden Flächen - Abschlussbericht der Universität Gießen vom 22.04.2014

39. 14-V-80-8004 DL 38/14-11

Fortsetzung Beschäftigungsprojekt Spielplatzbetreuung 2015 und 2016

40. 14-V-80-8005 DL 36/14-5

Finanzierung einer Konzeptmaßnahme für unter 25-jährige im BITZ der WJW

Tagesordnung III

1. 14-V-37-0004 DL 38/14-3

Änderungssatzung über die Gebühren für den Rettungsdienst

2. 14-V-61-0018 DL 37/14-2

Wohngebiet "Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt
- Beschluss über den städtebaulichen Rahmenplan nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB -

ANLAGE

3. **14-V-61-0019** **DL 37/14-3**

Bebauungsplan "Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt
- Aufstellungsbeschluss -

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. **14-V-20-0035** **DL 32/14-1 NÖ**

Abschluss eines Strom- und Gaskonzessionsvertrags

2. **14-V-20-0036** **DL 32/14-2 NÖ**

Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2013

3. **14-V-20-0041**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2014

4. **14-V-20-0042** **DL 41/14-1 NÖ, 38/14-1 NÖ**

Neuordnung der Verkehrsbetriebe

ANLAGE

5. **14-V-31-0003** **DL 38/14-2 NÖ, 33/14-1 NÖ**

Waffenbestand im Ordnungsamt

6. **14-V-36-0007** **DL 32/14-3 NÖ**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden am 27.03.2014

7. **14-V-36-0008** **DL 32/14-4 NÖ**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden am 24.04.2014

8. **14-V-41-0001** **DL 32/14-5 NÖ**
Erbbaurechtsvertrag
9. **14-V-63-0012** **DL 32/14-6 NÖ**
Zuschüsse der LHW zur Unterstützung privater Denkmalpflege-Projekte in Wiesbaden
10. **14-V-66-0501** **DL 39/14-1 NÖ, 38/14-3 NÖ**
Baulandumlegung 91 "Östlich der Anna-Birle-Straße" in Mainz-Kastel
11. **14-V-80-2314** **DL 32/14-7 NÖ**
Grundstückserwerb im Rahmen eines Vorkaufsrechtes
12. **14-V-80-2315** **DL 39/14-2 NÖ, 38/14-4 NÖ**
Ankauf von Grundstücken
13. **14-V-80-2316** **DL 33/14-2 NÖ**
Verzeichnis der vom 1. Januar 2014 bis 31. März 2014 genehmigten Grundstücksvorlagen
14. **14-V-80-2318** **DL 39/14-3 NÖ**
Wiesbaden-Biebrich, ehem. Zollamt und Zollspeicher, Erklärung zum Kaufvertrag

ANLAGE

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher